Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang | Dresden, Freitag den 6. Februar 1931 | Nummer 31

Kommunistische Anklagerede im Reichstag

Im Angriff gegen Youngausplünderung und Faschismus!

Brüning kündigt weitere Hungermaßnahmen an / Goebbels flüchtet vor der Abrechnung unserer Abgeordneten
SPD für Brüning / Nur die Kommunisten sind Kämpfer gegen die Brüning-Diktatur!

Berlin, 6. Februar.

Die gestrige Reichstagsdebatte, in der Brüning weitere arbeiterfeindliche Maßnahmen ankündigte, stand im Zeichen der kommunistischen Offensive gegen verstärkte Hungerdiktatur und faschistischen Arbeitermord. Gen. Ulbricht kennzeichnete Nazi-Goebbels als bezahlten Söldling des Finanzkapitals, der in seiner Rede seine Lakaienrolle für die Young-Ausplünderer mit den widerlichsten Phrasen zu verbergen versuchte. Da aus SPD-Sollmanns Rede selbstverständlich die Bereitschaft zur bedingungslosen Unterstützung der Brüning-Kabinetts sprach, zeigte sich auch gestern wieder, daß nur die Kommunisten die Führer der Massen im Kampf gegen Younggdiktatur sind. Gen. Ulbricht schloß seine Anklagerede (siehe 2. Seite unserer heutigen Nummer) mit dem Ruf: „Erst Sowjetdeutschland bringt Brot und Freiheit!" Zu Beginn der Reichstagssitzung hatte Gen. Stoecker nachstehende Interpellation der kommunistischen Reichstagsfraktion zur Verlesung gebracht:

Offene Staatsstreichpläne der Young-ausplünderer

Heraus mit der Sprache! / Kommunistische Interpellation im Reichstag

Wie bekannt wird, wurden in führenden Kreisen der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Deutschen Volkspartei, also einer maßgebenden Regierungspartei, in den letzten Tagen

offene Staatsstreichpläne

beraten, die die faschistische Diktatur legalisieren sollen. Der Reichstag soll aufgelöst, mit Hilfe des Artikels 48 durch offenen Verfassungsbruch ein verschlechtertes Wahlrecht oktroyiert werden und nach diesem Wahlrechtsraub die Wahl einer neuen sogenannten Nationalversammlung ausgeschrieben werden. Diese neue „Nationalversammlung" soll dann eine neue Verfassung mit einer Stärkung der Macht des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, der offenen

Einrichtung einer Ersten Kammer,

einem noch eingeschränkten Wahlrecht und einer noch weiteren Einschränkung der Rechte des Reichstages beschließen.

Diese offenen Staatsstreichpläne sollen bereits von den Führern der Volkspartei der Regierung Brüning unterbreitet worden sein, da der Bourgeoisie die schon jetzt durch die Brüning-Diktatur herbeigeführte Bedeutungslosigkeit des Reichstages nicht genügt und von ihr eine

Legalisierung der Diktatur

gefordert wird. Diese Absichten, die nur in der konsequenten Fortführung der von der SPD gebilligten und gefördernden Artikel-48-Herrschaft des Kabinetts Brüning und der jetzt von allen Regierungsparteien einschließlich der Sozialdemokraten vorgeschlagenen Maßnahmen zur Beschneidung der Rechte des Reichstages und der Abgeordneten liegen, zeigen klar den Weg der deutschen Bourgeoisie und der Sozialdemokratie zur Durchführung der faschistischen Diktatur.

Ist der Reichskanzler bereit, sich über den geplanten Verfassungsbruch und den beabsichtigten Wahlrechtsraub sofort im Reichstag zu äußern?

Gemeindearbeiter! Schlagt zu!

6 Prozent Lohnraub haben die Vertreter des Gemeindearbeiterverbandes mit dem Unternehmerverband Sächsischer Gemeinden vereinbart.

8 Prozent Lohnraub bedeutet die Einführung von 2 Feierschichten im Monat für die Gemeindearbeiter.

5 Prozent Lohnraub erleidet ein großer Teil der Gemeindearbeiter durch Zurückstufung in eine niedrige Lohngruppe.

Gemeindearbeiter! Wollt ihr diesen 10prozentigen Lohnraub hinnehmen? Nein! Ergänzt sofort eure Reihen zum Streik! Befolgt die Lose zur eurer provisorischen zentralen Kampfleitung.

Kämpft gegen jeden Pfennig Lohnraub unter Führung der RGO!

Lohnraub an Buchbindern

Berlin, 6. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Durch Schiedsspruch wurde der Buchbinder-Streikbewegung ein Lohnraub von 7 Pfennig pro Stunde aufgezwungen. Dieser Schiedsspruch ist bezeichnend, da die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie diesbezügliche Verhandlungen mit dem Unternehmertum hinter dem Rücken der Arbeiter geführt hat.

Aus Kerkerhaft zurückgekehrt

Gruß den revolutionären Kämpfern!

Die Genossen Goldhammer, Jahnel, Friedel und Altmann von den Dresdner Arbeitern begeistert empfangen

Die Dresdner Arbeiter bereiteten gestern abend den nach Verbüßung ihrer Strafen aus den noungdeutschen Kerkern zurückgekehrten Klassenkämpfern einen gewaltigen Empfang. Am Bahnhof wurde der von der Festung Auerbach zurückgekehrte Genosse Bruno Goldhammer durch die zahlreich erschienenen Arbeiter jubelnd begrüßt. Am Abend fand eine von der Roten Hilfe organisierte überfüllte Kundgebung im Keglerheim statt. Die revolutionären Arbeiter Dresdens

begrüßten hier mit großer Begeisterung die aus den Gefängnissen zurückgekehrten Gen. Goldhammer, Jahnel, Friedel und Altmann.

Im Auftrage der Bezirksleitung hieß der Gen. Renner die zurückgekehrten Klassenkämpfer willkommen in der Kampffront des revolutionären Proletariats. Tosenden Beifall ernteten die Genossen Jahnel, Friedel, Altmann und Goldhammer, als sie den versammelten Arbeitern erklärten:

„Wir sind nicht gebrochen durch den Justizterror, sondern wir reihen uns ein, um den Kampf fortzusetzen für die Befreiung des Proletariats!

Gen. Schön von der Roten Hilfe sprach über den ungeheuren Justizterror und schilderte unter stürmischen Empörungs- und Pfuirufen, wie

Gen. Peters, statt amnestiert zu werden, aus dem Zuchthaus in die Irrenanstalt überführt wurde.

Mit Entrüstung wurde der Raub des Kinderheimes Elgersburg durch den Naziminiister Frick beantwortet. Einstimmig wurde eine Resolution beschlossen, die sofortige Freilassung des Gen. Karl Peters fordert. Ebenso einstimmig forderten die Arbeiter die Freigabe des Kinderheimes für die Kinder unserer politischen Gefangenen.

Der greise Gen. Bernhard Strzelewicz trug in seiner temperamentvollen Art, oft von stürmischem Beifall unterbrochen, seine satirischen Gedichte vor. Der rote Geiger umrahmte die Veranstaltung durch musikalische Vorträge. 20 neue Mitglieder traten dem Kampfbund, 20 der Roten Hilfe und 9 der RGO bei.

Mit dem Kampflied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit ..." wurde diese glänzende Massenkundgebung, dieses leuchtende Zeugnis machender revolutionärer Massenkraft, geschlossen.

Der aus dem Kerker zurückgekehrte Gen. Bruno Goldhammer ist den Dresdner Arbeitern als jahrelanger Zeitungsleser der Arbeiterstimme und als einer derjenigen Parteigenossen bekannt, der im Kampf um die Durchsetzung der Parteilinie gegen den Opportunismus Hand in Hand mit den Auseinandersetzungen stand. Die Dresdner Arbeiter begrüßten deshalb mit besonderer Freude, ihn wieder als aktiven Kämpfer in ihrer Mitte zu sehen.

Die Lumpen beschimpfen das rote Berlin

Goebbelsprovokation im Berliner Stadtparlament / Proletarische Antwort

Berlin, 6. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hatte einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, das Demonstrationsverbot aufzuheben und die Fernhaltung der Polizei am Tage der Trauerdemonstration zu veranlassen. Angesichts der großen Empörung aller Werktätigen über die Ermordung der beiden Arbeiter wagte keine Fraktion für die feigen Nazimörder zu sprechen. Der Antrag kam deshalb zur Behandlung. Als der Nationalsozialist Dr. Lippert, Redakteur an dem Mörder-Organ „Angriff", zu diesem Antrag im Nazi-Jargon Stellung nehmen wollte, die beiden Ermordeten als „Ringbrüder" bezeichnete und so die kommunistische Fraktion provozierte, griffen sich unsere Genossen diesen frechen Burschen und gaben ihm eine Abreibung. Andere Nazis, die Lippert helfen wollten, wurden zurückgedrängt. Sie mußten in die hintersten Bänke des Saales flüchten. Der Vorsteher schloß die Sitzung. Als die kommunistischen Stadtverordneten den Saal verlassen hatten, wagteten die Hitlerjünglinge, denen schließlich sie sich stellten.

Genosse Huber verhaftet

Sympathiekundgebungen der Arbeiter im Stadtparlament

München, 6. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern früh wurde Genosse Huber, Stadtrat in München, angeblich wegen Hochverrat festgenommen. Huber soll im Münchener Stadtparlament bei Behandlung der Erwerbslosenanträge angeblich zum bewaffneten Aufstand und zum Sturz der demokratischen Republik aufgefordert haben. Ihm wurde das Wort entzogen und es kam zu einem Krach. Die Erwerbslosen auf der Tribüne brachen in spontane Sympathiekundgebungen für Genossen Huber aus, so daß die Tribüne geräumt wurde. Nunmehr soll dem Genossen Huber ein Hochverratsprozeß angehängt werden.

Belagerungszustand in Hamburg

Hamburg, 6. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Der sozialdemokratische Polizeisenator Schönfelder verbot sämtliche Demonstrationen, die entsprechend den am letzten Donnerstag angesagten Kampfkundgebungen gegen den Zusammenschluß stattfinden sollten. In diesem Monat liegen bereits eine große Anzahl von Polizeiverbotsverfügungen vor. Außerdem sind zahlreiche sozialdemokratische Gebäude besetzt worden.